

Prof. Dr. Gert Krell, Im Langgewann 37, 65719 Hofheim, den 26.11.2006

Leserbrief zu Markus A. Weingardt, Israel zu kritisieren war nie verboten, FR vom 25. November 2006, S. 9

Herrn Weingardts Kritik am „Manifest der 25“, an dem ich beteiligt war, macht mich sehr betroffen. Wo steht in unserem Dokument, Israel nutze Deutschland aus und zocke Waffen ab; Deutschland habe sich zu beugen und ansonsten gefälligst den Mund zu halten. Das empfinde ich als eine sehr kühne Deutung, zumal sie uns in eine Ecke drängt, in die wir nun wirklich nicht gehören. Dass wir den Text mit einem Zitat von Frau Livni begonnen haben, hat keineswegs die Gründe, die Herr Weingardt unterstellt. Es ging uns darum, deutlich zu machen, dass die Formulierung „besondere Beziehungen“ keine deutsche Besonderheit ist, sondern für beide Seiten als selbstverständliche und offizielle Charakterisierung gilt. Im Internet ist nachzulesen, dass uns eine Gruppe vorwirft, wir wendeten den NS-Begriff der „Sonderbehandlung“ (sic) jetzt gegen Israel! Wie man sieht, hat unsere Vorsicht in dieser Richtung nichts genutzt, und sie bringt uns auch noch nicht gerechtfertigte Kritik von seriösen Leuten ein.

Was Herrn Weingardts zentrale These angeht, so hat er freilich Recht: Kritik an Israel war nie verboten, wie denn auch; und sie ist oft ungerecht, manchmal infam. Aber in seiner Perspektive fehlt die andere Seite der Medaille: die fast reflexhafte Schelte der Kritik, auch wenn sie sich an üblichen Standards der Menschenrechte, des Völkerrechts oder der politischen Klugheit und Mäßigung orientiert; der Vorwurf des Antisemitismus, der oft zu Recht, aber oft auch voreilig und fahrlässig erhoben wird und damit den Kampf gegen den real existierenden Antisemitismus schwächt; die „Schere im Kopf“ bei manchen, die in öffentlich-rechtlichen Institutionen oder in den Kirchen einen politischen Bildungsauftrag verfolgen, und die eine offen und ehrliche, beiden Seiten gerecht werdende Auseinandersetzung mit der historischen Genese und der aktuellen Problematik des Nahost-Konflikts beeinträchtigt; und schließlich konkrete Pressionen. Ich habe dabei weniger im Sinn, dass eine radikale pro-israelische Gruppe in Deutschland den einen oder anderen Vortrag stört, ja verhindert (jüngst konnte die Nahost-Expertin Helga Baumgarten in Leipzig einen Vortrag über die Hamas nicht halten); es geht mir mehr um sehr konkreten politischen Druck auf Institutionen und einzelne Personen.

Das Thema Nahost-Konflikt bleibt für Deutschland heikel, das ist angesichts des deutschen Völkermords an den europäischen Juden unausweichlich. So könnte man z.B. durchaus die

These vertreten, nichtjüdische Deutsche sollten sich nicht kritisch zu Israel äußern, solange etwa jüdische Einrichtungen in Deutschland immer noch gegen Übergriffe von Antisemiten geschützt werden müssen. Auf der anderen Seite aber geht nun einmal die größte Gefährdung Israels vom Nahost-Konflikt aus, der zugleich einen zentralen Hintergrund - ob zu Recht oder Unrecht - für neuen Antisemitismus bildet. Ich habe selbst Jahre lang gezögert, mich als Politologe und Lehrender mit diesem Konflikt zu beschäftigen. An meinem zunehmenden Interesse haben Kontakte mit Menschen aus der israelischen Friedensbewegung und die Lektüre von Schriften israelischer (und arabischer) Wissenschaftler einen großen Anteil. Ich habe mich im Zuge dieser Beschäftigung dann auch „kritisch“ geäußert (womit ich so etwas meine wie Positionen, Haltungen und Handlungen fair prüfend, nach bestem Wissen und Gewissen gegenüber *beiden* Konfliktparteien - wie will man sonst Konfliktforschung betreiben), und zwar in erster Linie aus Sorge um die Zukunft Israels und der Palästinenser und der Beziehungen zwischen Okzident und Orient. (Dass diese Intention keineswegs allen einleuchtet, gehört zur Natur solcher Konflikte.) Über die Erfahrungen, die ich und die einige meiner KollegInnen dabei gemacht haben, und über die beiden konträren Perspektiven insgesamt würde ich gerne bei anderer Gelegenheit einmal mit Herrn Weingardt direkt diskutieren.

Gert Krell

(Dr. Gert Krell ist Prof. a. D. für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main)